

Vorsitzender Himmelrath bedankte sich für die umfangreiche Sitzungsvorlage.

KTM Zorlu bedankte sich bei der Verwaltung für die Sachdarstellung. Er bat darum, eine Übersicht über die bewilligten Projekte als Anlage der Niederschrift beizufügen. Darüber hinaus habe er folgende Fragen:

1. Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben an der Videosprechstunde teilgenommen?

Antwort (Frau Paar): Über die Presse wurde zur Teilnahme an der Videosprechstunde aufgerufen. An den zwei Terminangeboten haben insg. 22 Personen teilgenommen. Konkrete Fragestellungen der Antragstellerinnen und –steller konnten so direkt beantwortet werden.

2. Welche sozialen Medien werden in Anspruch genommen? Einige Kolleginnen und Kollegen hätten nichts davon gewusst. Die Publikation sei verbesserungswürdig. Anhand der Zahlen sehe man, dass noch Gelder übrig seien.

Antwort (Frau Paar): Bei dem Förderprojekt 2.000x1.000 handele es sich um ein Landesprogramm, sodass die Verwaltung zunächst auf Informationen des Landes angewiesen sei. Über Pressemitteilungen gehe die Info an die Öffentlichkeit, sodass die Hinweise neben Tageszeitungen z.B. auch in Wurfsendungen und Wochenblättchen gedruckt werden. Darüber hinaus wurde das Programm in der sogenannten Kreiskulturrunde mit Akteuren der Städte und Gemeinden des Kreises aus Kultur und Ehrenamt besprochen. Es wurde die Frage gestellt, wie man das Programm weiter in die Breite bringen könnte und der Vorschlag gemacht, Videokonferenzen anzubieten. Im Anschluss sagten die Ansprechpartner in den Städten und Gemeinden zu, zusätzlich über ihre Veröffentlichungsmedien zu werben. Die Pressestelle des Rhein-Sieg-Kreises bediene neben dem Homepage-Auftritt des Kreises auch soziale Medien: Facebook, Instagram und X (ehemals Twitter). Im Vergleich zum Jahr 2022 gab es in 2023 auch einen kleinen Ausbauschritt und mehr Bewilligungen. Ein Ziel sei es sicherlich, die zur Verfügung gestellten Mittel komplett auszugeben.

SkB Müller bittet ebenfalls darum, die Liste der Projekte in der Niederschrift aufzunehmen. Da 44 Maßnahmen genehmigungsfähig waren, müssten demnach rund 25.000 € übrig sein. Er stellt die Frage, ob der Rest zurückgezahlt werden müsse.

Frau Paar bestätigte dies.